

Stand: 27.07.2024 03:52:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/112

"Verbreitung von persönlichen Daten und Dokumenten von Politikern und Prominenten im Internet"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/112 vom 16.01.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/487 des KI vom 28.02.2019
3. Beschluss des Plenums 18/606 vom 13.03.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 13.03.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian Ritter, Christian Flisek, Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Ruth Müller** und Fraktion (SPD)

Verbreitung von persönlichen Daten und Dokumenten von Politikern und Prominenten im Internet

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die am 04.01.2019 bekannt gewordene und von den Medien breit berichtete digitale Verbreitung personenbezogener Daten und persönlicher Dokumente von Politikern und Privatpersonen in Deutschland zu berichten.

Im Rahmen des Berichts soll insbesondere darauf eingegangen werden,

- ab wann bayerische Sicherheitsbehörden von den Datendiebstählen und Veröffentlichungen informiert waren und wie diese Information erfolgte,
- welche Erkenntnisse die Sicherheitsbehörden über Hergang und Hintergründe der Entwendung und Veröffentlichung dieser persönlichen Daten gewinnen konnten, soweit die Ermittlungsarbeit dies zulässt,
- wie weit in diesem Fall Zuständigkeiten bayerischer Sicherheitsbehörden berührt sind,
- wie weit bayerische Sicherheitsbehörden an Maßnahmen beteiligt sind, oder die Staatsregierung über Maßnahmen informiert ist, die veröffentlichten Daten möglichst umfassend aus dem Netz zu entfernen,
- welche Konsequenzen die Staatsregierung aus der wachsenden Bedrohung durch massenhafte Entwendung und Verbreitung personenbezogener Daten zieht.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung gebeten darzulegen, welche Strategien es gibt, um Leaks oder Cyber-/Hackerangriffe auf persönliche Daten und Dokumente zu verhindern bzw. sich davor zu schützen.

Begründung:

Persönliche Daten und Dokumente hunderter deutscher Politiker, anderer Prominenter und Journalisten sind seit Anfang Dezember 2018 im Internet verbreitet worden. Dabei handelt es sich um tausende von Datensätzen mit teils hochpersönlichen Daten. Die Dokumente wurden den Medienberichten zufolge bereits vor Weihnachten über den Twitter-Account auf einer Art Adventskalender über mehrere Tage hinweg verbreitet und blieben bis zum Abend des 03.01.2019 weitgehend unbemerkt.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Christian Flisek u.a. und
Fraktion (SPD)**
Drs. 18/112

**Verbreitung von persönlichen Daten und Dokumenten von Politikern und Promi-
nenten im Internet**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Wolfgang Hauber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 30. Januar 2019 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 28. Februar 2019 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian Ritter, Christian Flisek, Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Michael Busch, Martina Fehlner, Ruth Müller und Fraktion (SPD)

Drs. 18/112, 18/487

Verbreitung von persönlichen Daten und Dokumenten von Politikern und Prominenten im Internet

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die am 04.01.2019 bekannt gewordene und von den Medien breit berichtete digitale Verbreitung personenbezogener Daten und persönlicher Dokumente von Politikern und Privatpersonen in Deutschland zu berichten.

Im Rahmen des Berichts soll insbesondere darauf eingegangen werden,

- ab wann bayerische Sicherheitsbehörden von den Datendiebstählen und Veröffentlichungen informiert waren und wie diese Information erfolgte,
- welche Erkenntnisse die Sicherheitsbehörden über Hergang und Hintergründe der Entwendung und Veröffentlichung dieser persönlichen Daten gewinnen konnten, soweit die Ermittlungsarbeit dies zulässt,
- wie weit in diesem Fall Zuständigkeiten bayerischer Sicherheitsbehörden berührt sind,
- wie weit bayerische Sicherheitsbehörden an Maßnahmen beteiligt sind, oder die Staatsregierung über Maßnahmen informiert ist, die veröffentlichten Daten möglichst umfassend aus dem Netz zu entfernen,
- welche Konsequenzen die Staatsregierung aus der wachsenden Bedrohung durch massenhafte Entwendung und Verbreitung personenbezogener Daten zieht.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung gebeten darzulegen, welche Strategien es gibt, um Leaks oder Cyber-/Hackerangriffe auf persönliche Daten und Dokumente zu verhindern bzw. sich davor zu schützen.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 9. Darüber soll auf Wunsch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesondert ohne Aussprache, aber namentlich abgestimmt werden.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nun erfolgt die Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte jetzt ernsthaft darum, die Plätze einzunehmen.

(Zuruf: Ernsthaft?)

– Ganz ernsthaft, ja. Sie können Ihren Platz natürlich auch ohne Ernst einnehmen, das entspricht aber nicht der Würde des Hauses. – Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der ausgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und teilweise der AfD. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen! – Eine aus den Reihen der AfD. Der Landtag übernimmt diese Voten.

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Global Compact for Migration stoppen – kein Vollzug durch bayerische Behörden
Drs. 18/139, 18/476 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschlechtliche Vielfalt im öffentlichen Dienst anerkennen, Leitlinien zum Umgang mit Angleichung und Anerkennung des Geschlechts erstellen
Drs. 18/149, 18/484 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der dritten Geschlechtsoption im öffentlichen Dienst ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld ermöglichen
Drs. 18/150, 18/485 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

